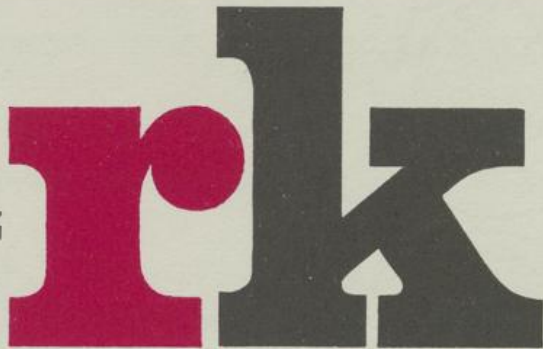


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 4. Februar 1983

Blatt 300

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Dr. Kramer vor Städtebund-Hauptausschuß: Konjunktur
ausgesendet: hat sich stabilisiert
(grau)

Kommunal: Diskussion über den Stadtentwicklungsplan
(rosa) Wiener Landtag

Nur

über FS: 3.2. Vergiftung durch verdorbene Brötchen?
4.2. Hermann-Bad am 8. Februar geschlossen
Verkehrsbetriebe: Kinder fahren in den Ferien
gratis
Lebensmittelvergiftung: Schon 60 Personen erkrankt
Straßenbahnlinie "40" und "41" umgeleitet

.....
Bereits am 3. Februar 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Dr. Kramer vor Städtebund-Hauptausschuß: Konjunktur hat sich stabilisiert

=++++

17 Wien, 3.2. (RK-WIRTSCHAFT) Die internationale Konjunkturlage hat sich zumindest stabilisiert, leichte Verbesserungen sind zu erwarten. Die Gefahr einer akuten Zahlungskrise ist für den Moment abgewendet. Österreich steht im Vergleich zu den anderen Industrieländern auf fast allen Sektoren noch immer wesentlich besser da. Das sind die wichtigsten Feststellungen, die der Leiter des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dr. Helmut KRAMER, bei einem Referat anlässlich einer Sitzung des Hauptausschusses des österreichischen Städtebundes im Wiener Rathaus traf.

Allerdings ist das Zinsniveau nach wie vor außergewöhnlich hoch, und auch die Beschäftigungslage hat sich in allen Industrieländern weiter verschlechtert. Aus den Konjunkturzyklen alleine ist kein Anspringen der Konjunktur zu erwarten. Der Anstoß durch eine grundlegende Änderung der internationalen wirtschaftspolitischen Strategien erfolgen, sagte Kramer.

In Österreich ist zumindest keine Verschlechterung, in einigen Bereichen sogar eine leichte Verbesserung der Wirtschaftslage zu beobachten. Während die österreichische Industrieproduktion im Vorjahr stagnierte, ging sie in Deutschland um 2,3 Prozent zurück. Die Arbeitslosenzahl hat sich, abgesehen von den saisonalen Schwankungen, seit dem vergangenen Sommer einigermaßen stabilisiert. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten sank im Vorjahr nur um 0,5 Prozent (Deutschland: zwei Prozent). Die Verbraucherpreise, die im Dezember um 4,7 Prozent stiegen, werden laut Kramer im Jänner bei einer Steigerungsrate von 4 Prozent halten. Zum Vergleich: Der europäische Durchschnitt lag im Dezember bei 9,4 Prozent. Auch der Reallohn ist für dieses Jahr gesichert, es ist, so Kramer, sogar eine kleine Steigerung zu erwarten. Die Gesamtbeschäftigungszahl wird allerdings um 25.000 sinken, was einer prognostizierten Arbeitslosenrate von 4,6 Prozent für das Jahr 1983 entspricht.
(Schluß) roh/ap

Diskussion über den Stadtentwicklungsplan (1)

Utl.: Verkehrsfragen im Vordergrund

=++++

4 #Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) In der Ausstellung "Wien 2000" im Wiener Messepalast fand Donnerstag abend wieder eine Diskussion über den Entwurf zum Stadtentwicklungsplan für Wien statt. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER und leitende Mitarbeiter der Geschäftsgruppe Stadtplanung beantworteten zahlreiche Anfragen und notierten interessante Vorschläge. Die Anregungen der Diskussions Teilnehmer werden soweit wie möglich in der endgültigen Fassung des Stadtentwicklungsplans berücksichtigt werden. Wie schon bei den bisherigen Diskussionen standen auch diesmal wieder Verkehrsprobleme im Mittelpunkt des Interesses.#

Unter anderem wurden von den Debattenrednern folgende Vorschläge gemacht:

- An der Westseite der Südbahn in Inzersdorf sollten Lärmschutzwände errichtet werden.
- Die Geschwindigkeitskontrollen auf Hauptverkehrsstraßen müßten verschärft werden, da sich kaum jemand an die zulässige Höchstgeschwindigkeit hält. Ein Diskussions Teilnehmer schlug die Einführung des "Wiener Rouletts" vor: an den Straßen, die zum Schnellfahren verleiten, sollten Behälter aufgestellt werden können. Da die Autofahrer nicht wüßten, wo jeweils ein Gerät montiert sei, würden sie sicher vorsichtiger fahren.
- Das Kopfsteinpflaster sollte von den Straßen entfernt werden, da es starken Fahrlärm verursacht.

(Forts.) sc/gg

NNNN

Diskussion über den Stadtentwicklungsplan (2)

=++++

5 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL)

- Betriebe, die keine Lärm- oder Geruchsbelästigung verursachen, könnten auch in Wohngebieten errichtet werden, um die Wege zu den Arbeitsstätten zu verkürzen und damit den Individualverkehr einzubremsen. So könnten zum Beispiel Gewerbehöfe entlang der Vorortelinie zugelassen werden.
- Zum Thermalbad Oberlaa, dem Tourotel und dem Austrian-Airlines-Bürogebäude sollte von der Favoritenstraße her eine Straßenverbindung geschaffen werden.
- Auch größere Straßen sollten als Wohnstraßen ausgestaltet werden.
- Der Grüngürtel müßte in Simmering, Donaustadt und Floridsdorf erweitert werden.
- Auf den sogenannten Denzelgründen an der Linken Wienzeile sollte ein Park errichtet werden.
- Die Fahrradwege sollten ausgebaut werden, zum Beispiel auch entlang der Ringstraße.

Ein Diskussionssteilnehmer, der unmittelbar an der Südost-Tangente wohnt, stellte fest, daß sich die von der Stadt Wien bezahlten Lärmschutzfenster hervorragend bewähren. Nach der Montage dieser Fenster gibt es nun in der Wohnung keine Lärmbelästigung mehr.

(Schluß) sc/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Robert KAUER (ÖVP) bezüglich der Bereitschaft, eine Novelle zur Wiener Stadtverfassung zum Ausbau der Bürgerrechte, vorzulegen, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß er nach langjähriger Tradition unmittelbar vor Wahlen keine Absichtserklärungen der Verwaltung abgegeben wolle. Derartige Initiativen müßten vom neugewählten Landtag ausgehen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er nicht auch 1979 ein neues Wahlrecht angekündigt habe, beharrte der Landeshauptmann, daß Verfassungsänderungen nur von den Fraktionen des Landtages ausgehen könnten, da gerade bei Bürgerrechten ein Oktroy der Verwaltung nicht der richtige Weg sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Vorstellungen er bezüglich einer möglichen Verfassungsänderung habe, antwortete der Landeshauptmann, er sei nicht Sprecher seiner Fraktion, die ihre Vorstellungen im Wahlkampf sicher darlegen werde.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. Peter Mayr (ÖVP), daß der Schulversuch integrierte Gesamtschule an den Schulen Polgarstraße und Anton Krieger-Straße weitergeführt werden solle, antwortete Landeshauptmann Gratz, daß nach den Beschlüssen der siebenten SCHOG-Novelle die Schulversuche ab 1984/85 auslaufen würden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum keine AHS-Langform angeboten werde, antwortete der Landeshauptmann, daß neue Schulversuche zur Erprobung neuer Lehrplaninhalte im Sinne der inneren Schulreform für diese Schulen bereits in Ausarbeitung wären.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob neue Schultypen gerade in derartig bevölkerungsreichen Gebieten rasch angeboten würden, antwortete der Landeshauptmann, der Stadtschulrat für Wien sei selbst interessiert, zeitgerecht Vorsorge zu treffen. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Ing. Horst RIEDLER (SPÖ), ob die gesetzlichen Regelungen zum Schutz von erhaltenswerten Bauten am Beispiel Margaretenstraße 88 als ausreichend bezeichnet werden könnten, antwortete StR. ZILK (SPÖ), daß es sich in diesem Fall um ein Musterbeispiel einer zynischen Divastierung eines Hauses in der Schutzzone und eine ausdrückliche Spekulation auf Abbruch handle. Der Fall dieses Hausbesitzers, der beim Obersten Gerichtshof eine Abbruchserklärung erwirkt hatte, trotzdem Mittel aus dem Altstadterhaltungsfonds in Anspruch nehmen wollte, seine Mieter 1975 eine Woche vor Weihnachten kündigte und ihnen gepöhlzte Ersatzwohnungen anbot, zeige, daß die gesetzlichen Grundlagen nicht ausreichend seien. Sie wären ein großer Schritt gewesen, könnten aber nach wie vor unterlaufen werden. Es werde daher in der nächsten Legislaturperiode unbedingt nötig sein dieses Gesetz neu zu fassen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er sich vorstellen könne, daß in Fällen eindeutiger Spekulation der Hausbesitzer durch dieses neue Gesetz zu einem Verkauf zum angemessenen Preis gezwungen werden könne, bejahrte der Stadtrat.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er erwarte, daß sich die BVP diesem neuen Gesetz anschließen werde, meinte der Stadtrat, er könne sich nicht vorstellen, daß sie sich diesen Argumenten verschließen werde. (Forts.) rö/ko

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. KOPFENSTEINER (SPÖ), wieweit die generelle Planung der Bundesstraßen auf Wiener Stadtgebiet gediehen sei, antwortete StR. WURZER (SPÖ) wie folgt:

- o Bei der Inzersdorfer Straße am Knoten Vösendorf werde die Planung für die vierte Fahrspur im Frühjahr eingereicht.
- o Bei der Südeinfahrt und Triester Straße am Matzleinsdorfer Platz, Knoten Inzersdorf, werden die Planungsarbeiten bis Herbst abgeschlossen sein.
- o Die Planung für die Wiener Außenring-Autobahn von Kledering zum Knoten Kaiserebersdorf sei ebenfalls bereits abgeschlossen.
- o Beim Ausbau der A 24 habe das Bautenministerium aufgrund der hohen Kosten für die Umweltschutzeinrichtungen noch eine Kosten-Nutzen-Analyse verlangt.
- o Die Donaukanalschnellstraße zwischen Prager Straße und Brünner Straße stehe nach Änderungswünschen der Bezirksvorsteherung Floridsdorf vor Planungsende.
- o Am Südgürtel sei nach mehreren Varianten die Lösung einer Führung in Tieflage ebenfalls abgeschlossen.

Die ZUSATZFRAGE, ob das Südgürtelprojekt im Sinne der betroffenen Bevölkerung möglichst rasch vorangetrieben werde, bejahte der Stadtrat. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE des LAbg. KUCHAR (FPÖ), welche gesetzlichen Maßnahmen er für erforderlich halte, um der immer mehr um sich greifenden Mietzinswucher bei Schlafstellen und Untermietzimmern wirksamer als bisher bekämpfen zu können, antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ), daß eine solche Regelung zum Zivilrechtswesen gehöre und damit Bundessache sei. Die Schutzbestimmungen des neuen Mietrechtsgesetzes, die allerdings der Öffentlichkeit zu wenig bekannt seien, wären in vielen Fällen geeignet zu helfen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob bei den landespolizeilichen Bestimmungen, die nicht ausreichend vorhanden seien, vor allem im Bezug auf die Schlafstellen Abhilfe geschaffen werden könnte, antwortete Stadtrat Nekula, auch die landespolizeilichen Regelungen bewegten sich auf Bundesebene. Die Schlafstellen wären ebenfalls im Mietrechtsgesetz berücksichtigt.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er sich vorstellen könne, daß durch rigorosere Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen Massenquartiere verhindert werden könnten, antwortete Stadtrat Nekula, wenn solche Fälle bekannt würden, könne das Gesundheitsamt Räumungen vornehmen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE des LAbg. Dr. GOLLER (ÖVP), warum trotz Vorliegens eines entsprechenden Gesetzesentwurfes der Wiener ÖVP seit dem März 1982 die Frage der Auswüchse der Wohnungsprostitution in Wien bisher noch immer nicht zufriedenstellend geregelt worden sei, antwortete Stadtrat NEKULA, 1980 sei ein erster Entwurf eines Wiener Polizeigesetzes in Begutachtung gebracht worden. Die Probleme der Wohnungsprostitution und der Hundehaltung hätten Emotionen ausgelöst. Nach dem Initiativantrag der ÖVP im März 1982 sei ein Unterausschuß für Probleme der Wohnungsprostitution gegründet worden, wo eine auführliche Diskussion stattfand, die schließlich in einen im Dezember 1982 vorgelegten Gesetzesentwurf mündete. Bis zur Behandlung im Landtag müsse noch eine Stellungnahme der Polizei abgewartet werden.

Stadtrat Dr. GOLLER stellte fest, daß im Initiativantrag der ÖVP die Errichtung von Bordellen vorgesehen gewesen sei, worauf man sich in einer Besprechung am 8. Oktober auch geeinigt habe. Nun sei in der AZ ein Artikel erschienen, in dem stehe, daß man von der Errichtung von Bordellen absehen werde. Stadtrat Dr. Goller stellte daher die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob in dieser Angelegenheit ein Sinneswandel eingetreten sei. Stadtrat Nekula antwortete, man wolle zwar keine eigentlichen Bordelle einführen, aber Häuser mit Bordellcharakter, in denen allerdings keine Anbahnung stattfinden dürfe. Eine geeignete Bezeichnung für diese Häuser wäre noch zu finden. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. BROSCH (SPÖ), wieviele Förderungen aufgrund der sogenannten Stadterneuerungsmilliarden bereits vorgenommen wurden, nannte StR. HATZL (SPÖ) folgende Zahlen: 1982 wurden 87 Objekte mit insgesamt 116,787 Millionen gefördert, 1983 bisher 22 Objekte mit 24,734 Millionen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er die Altstadterneuerungsmilliarden nach wie vor als Stadterneuerungsbeitrag für private Hausbesitzer sieht, sagte StR. HATZL, im Prinzip ja, aber wegen des schleppenden Fortganges und im Interesse der Bauwirtschaft werden diesbezügliche Mittel auch in Zusammenhang mit dem Sonderprogramm für Gemeindebauten ausgeschöpft. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE vom LABg. GAWLIK (SPÖ), welche Maßnahmen es bei der Wohnbauförderung von Behinderten gibt, wies Stadtrat HATZL auf zwei wesentliche Entscheidungen in letzter Zeit hin. Erstens erhalten Bauträger, die Behindertenwohnungen bauen, Zuschläge für die Mehrkosten bis zu zehn Prozent. Zweitens werden Körperbehinderte bei der Berechnung der Wohnbeihilfe, wie Jungfamilien eingestuft.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Behindertenwohnungen in den letzten Jahren gefördert worden sind, sagte HATZL, daß seit 1971 541 Behindertenwohnungen in Gemeindebauten errichtet wurden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die ö-Norm B 1600 sowie weitere neue Erkenntnisse bei der Errichtung von Behindertenwohnungen angewendet werden, sagte Hatzl, daß dies der Fall ist. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. HAHN (ÖVP), wie hoch der Stand der Wohnbauförderungssonderrücklage per 31. Jänner 1983 war, nannte Stadtrat Hatzl den Betrag von 762 Millionen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieso 1983 mit 5.500 plus 200 Wohnungen weniger als bisher gefördert werden und was mit den im fünfjährigen Wohnbauprogramm vorgesehenen 460 Millionen Schilling für Förderungszwecke ohne Programm geschehen ist, sagte Hatzl, die Reduzierung der Anzahl der Wohnungseinheiten resultiert aus der Änderung der Förderungsbestimmungen im Jahr 1982. Diese sieht statt bis dahin 50 Prozent Förderung, eine solche von 60 bis 70 Prozent vor. Zum zweiten Teil der Frage könne er jetzt keine Stellung nehmen, da er ja nicht alle Unterlagen bei sich haben könne.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob auch ein verstärkter Zufluß von Mitteln aus der Wohnbauförderungssonderrücklage in die sieben Stadterneuerungsgebiete zu erwarten ist, sagte Hatzl, daß natürlich für die Zwecke der großen und kleinen Wohnungsverbesserung derartige Mittel mit Priorität in die Stadterneuerungsgebiete fließen werden. Im Übrigen bekannte sich Hatzl dazu, daß stets eine gewisse Rücklage zur Verfügung steht, die aufgrund des Baufortschrittes für in Bau befindliche Objekte sofort zur Verfügung steht. Ende der Fragestunde. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Wahlen für den Bundesrat

=++++

15 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Als neues Mitglied des Bundesrates wurde Prof. Dr. Harald OGRIS (SPÖ) gewählt. Die Neuwahl war durch das Ausscheiden von Bundesrat Dr. Franz SKOTTON (SPÖ) notwendig geworden.

Zwtl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

Stadtrat SCHIEDER stellte den Antrag, den Abschluß einer Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl zu genehmigen. Schieder bezeichnete diese Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern als einen ersten und wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Luftqualität. Wien hätte sich eine noch stärkere Reduktion des Schwefelgehaltes vorstellen können. Weitere Schritte in diese Richtung müssen deshalb folgen.

LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß diese Vereinbarung zustande komme, weil der Wunsch der Bevölkerung nach einer gesünderen Umwelt immer stärker werde. In Dürnröhr zum Beispiel denkt man jetzt noch daran, eine Entschwefelung vorzunehmen, die dem letzten Stand der Technik entspricht. Die FPÖ wird sehr genau darauf achten, ob dieses von Landeshauptmann Ludwig im Wahlkampf gemachte Versprechen - das einer freiheitlichen Forderung entspricht - auch tatsächlich erfüllt wird.

An der vorliegenden Vereinbarung über den Schwefelgehalt im Heizöl übte Pawkowicz scharfe Kritik. Sie projiziere den Stand der Technik von Vorgestern in die Zukunft. Ab 1985 wird der höchstzulässige Schwefelgehalt im Heizöl schwer mit zwei Prozent festgelegt. Schon heute wird aber im Kraftwerk Donaustadt mit zweiprozentigem Heizöl gefeuert. Obwohl außerdem etwa die Hälfte der Feuerung mit schwefellosem Erdgas betrieben wird, beträgt die Emission im Durchschnitt 2.000 Milligramm pro Kubikmeter und liegt damit um 500 Prozent über der internationalen Toleranzgrenze.

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

16 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Pawkowicz stellte einen ANTRAG, in dem der Landeshauptmann aufgefordert wird, neue Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl schwer ab 1985 auf 0,5 Prozent zu senken. In den USA sei ein solcher Wert schon heute verbindlich.

LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP) erklärte, daß die Werte in der vorliegenden Vereinbarung bei weitem zu hoch angesetzt seien. Dennoch sei diese Vereinbarung sinnvoll, weil damit ein erster Schritt zu gleichen Bedingungen in allen Bundesländern getan wird und weil versucht wird, vom Verursacherprinzip auszugehen.

Im Zusammenhang mit der Wiener Luftqualität ergeben sich durch diesem Vertrag allerdings keine Verpflichtungen. Es steht zu befürchten, daß alle Belastungen weiter bestehen bleiben. Dies bedeute 40.000 Tonnen Schwefeldioxidemission jährlich, keine Filter in den kalorischen Kraftwerken, Nichtfunktionieren des Rinter-Zeltes, der Hauptkläranlage und der EBS.

Die Gesundheit der Bürger, die Natur und Gebäude sind durch die Luftverschmutzung gefährdet. Man hat nicht den Eindruck, daß sehr viel getan wird, um die Luftsituation zu verbessern. So fehlt der von Bürgermeister GRATZ angekündigte Etappenplan zur Umrüstung der Wiener kalorischen Kraftwerke noch immer.

Landeshauptmann Ludwig hat sichergestellt, daß Dürnröhr nur bei optimaler Entschwefelung in Betrieb geht. Dieser politische Auftrag an die Techniker fehlt in Wien.

Hawlik schlug vor, Bürgermeister Gratz möge sich für eine Änderung des Durchführungsgesetzes zum Dampfkessелеmissionsgesetz einsetzen, um einen internationalen Stand der Technik entsprechenden Höchstwert von 400 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter zu erreichen. Außerdem sollen Verhandlungen mit der ÖMV geführt werden, um für Wien eine Sonderregelung mit einem Höchstwert von 0,5 Prozent Schwefel im Heizöl schwer zu erreichen. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (11)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

17 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann GRATZ meinte zu den Dürnrohr-Erklärungen des niederösterreichischen Landeshauptmann LUDWIG, es sei für ihn völlig undenkbar und ausgeschlossen, daß diese Erklärungen eines verantwortungsvollen Landespolitikers nur unter dem Eindruck von Wahlen zustande gekommen wären. Er habe schon anlässlich der dringlichen Anfrage erklärt, daß ihm eine Zusage eines Landeshauptmannes mehr wert sei als jeder Bescheid. LUDWIG löse seine Zusage nun offenbar zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein.

Zur Debatte um die Wiener E-Werke erklärte GRATZ, er habe vergangenen Sommer angeordnet, daß eine Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit jener österreichischen Firma, die die meisten Erfahrungen besitze, die weitere Vorgangsweise prüfen solle. Da dies nicht Sache des Landtages wäre, werde er in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Etappenplan vorlegen, der innerhalb von sieben Jahren eine erhebliche Reduktion der SO₂-Emmission bringen werde. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

18 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Labg. OUTOLNY (SPö) meinte, es sei kein großer Jubel über die neue Regelung am Platze, da man neben dem Heizöl auch andere Bereiche in den Griff bekommen müsse. Überdies habe sich in Europa gezeigt, daß auch Wissenschaft und Technik noch nicht auf dem letzten Stand der Verhinderung von Schadstoffemissionen seien. OUTOLNY betonte dann, es hätte überhaupt erst durch die SPö Umweltschutzinitiativen gegeben und wies darauf hin, daß die ÖMV schließlich immer fest in ÖVP-Hand gewesen sei. Der nun getroffene Staatsvertrag werde bis Anfang 1985 die Luftbelastung auf die Hälfte reduzieren. Er wies darauf hin, daß die Vereinbarung über Dürnröhr auch die Stilllegung des Kraftwerkes Korneuburg gebracht habe und meinte, man müsse einen eigenartigen Eindruck von Umwelttechnikfirmen bekommen, wenn die gleichen Dinge noch vor Wochen nicht möglich - heute als Wunderwerk präsentiert würden.

OUTOLNY zählte dann einige Beispiele von der Grundwasserverschmutzung in der Mitterndorfer Senke bis zum Nationalpark Hohe Tauern auf, wo die ÖVP ihren Anspruch auf Umweltschutz nicht aufrechterhalten könne und wies auch darauf hin, daß das Bundesemissionsgesetz seit 1974 durch mißverstandenen Föderalismus von ÖVP-Landeshauptleuten blockiert werde. Unglaublich sei die ÖVP auch, weil etwa Nationalrat Wiesinger nur drei Tage nach dem 60-Milliarden-Einsparungs-Zahlenspiel der ÖVP im Parlament einen Imissionsschutzfonds mit Rechtsanspruch gefordert habe, während Obmann Mock in seiner Belvedere-Rede vom Verursacher-Prinzip gesprochen hätte. Und ein Luftreinhaltegesetz wie sie es in einem Inserat behauptete, habe die ÖVP im Parlament auch nicht eingebracht. OUTOLNY wies abschließend auf den großen Stellenwert des Umweltschutzes im Stadtentwicklungsplan und das Fernwärmeprojekt im Sonderbeschäftigungsprogramm hin. (Forts.) rü/ko

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Vereinbarung über Schwefelgehalt im Heizöl

=++++

19 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) LABg. HAHN (ÖVP) wies darauf hin, daß GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) als erster in Wien und noch dazu auf eigene Kosten Umweltmessungen durchgeführt habe. Im Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz sei unter Minister LEODOLTER überhaupt nichts geschehen, auch der jetzige Minister Dr. STEYRER erbringe trotz innerer Überzeugung keine Leistungen. Man könne die Umweltbelastungen auch nicht ausschließlich den privaten Unternehmungen anlasten. Das Kernproblem VOEST konnte bisher nicht gelöst werden.

Seit Jahren verlangten Städte- und Gemeindebund die Abschaffung der Landesumlage. Besser wäre nach Ansicht Hahns, diese Landesumlage für große Umweltschutzprojekte, an denen mehrere Gemeinden beteiligt sind, zu verwenden. Es sei jedenfalls zu hoffen, daß auf diesem Gebiet vermehrt einvernehmliche Lösungen gefunden werden.

Stadtrat SCHIEDER erklärte in seinem Schlußwort, er werde den Appell des LABg. HAWLIK (ÖVP), sich für eine Änderung des Durchführungsgesetzes zum Dampfkesselemissionsgesetz einzusetzen, gerne aufgreifen, wenn auch selbst die ÖVP im Parlament dem nicht zugestimmt habe. Zur Vereinbarung über den Schwefelgehalt im Heizöl stellte Schieder zusammenfassend fest, der Wiener Landtag habe mehr erreichen wollen, es mußte aber ein Kompromiß gefunden werden. Damit sei jedenfalls ein erster Schritt getan, auf dem man nun aufbauen könne.

ABSTIMMUNG: mit den Stimmen der SPö und der ÖVP angenommen. Der FPö-Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit zugewiesen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

20 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA (SPÖ) beantragte eine Reihe von Änderungen der Gemeindewahlordnung im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Gemeinderats- und Bezirksratswahlen mit den Wahlen zum Nationalrat am 24. April. Da nach der geltenden Nationalratswahlordnung 1971 Wien nur mehr ein Wahlkreis ist und es keinen Wahlkreisverband Wien gibt, müssen eine Reihe von Bestimmungen neu gefaßt werden. So wird nunmehr klargestellt, daß die Bestimmungen der Gemeinderatswahlordnung über die Bestellung und den örtlichen Wirkungsbereich der 23 Bezirkswahlbehörden und der Stadtwahlbehörde unberührt bleiben.

Weiter werden die Bestimmungen des Paragraphen 101 im Interesse der Wahrung des Wahlgeheimnisses sowie der Ausschaltung von Wahlmanipulationen mittels Wahlkarten so umgestaltet, daß jede Wahlkartenwählerstimme jenem Wahlkreis (Bezirk) zugezählt werden kann, in dem der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist.

(Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (15)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

21 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Labg. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, es gehe nicht um die vom Berichterstatter erwähnten Fragen, sondern um die Sicherung des vollen Wahlrechtes für die Wiener Wahlkartenwähler. Landeshauptmann GRATZ habe zwar vor einer Woche gesagt, daß jeder Versuch einer diesbezüglichen Änderung verfassungsrechtlich bedenklich wäre. Dieser Meinung habe jedoch nun der bekannte Verfassungsrechtler Prof. Ermacora widersprochen, und man könne Ermacora sicherlich nicht unterstellen, aus Parteiräson unhaltbare Thesen gegen seine Überzeugung aufzustellen. Nach der derzeitigen Lage sei es auch so, daß Wiener Wähler nach der Abgabe der Wahlkarten in Niederösterreich auch keine Möglichkeit mehr hätten, Gemeinderat und Bezirksvertretung in Wien zu wählen. Das Chaos sei also vorprogrammiert.

Es entspreche jedenfalls nicht dem Geist der Verfassung rund 70.000 Wienerinnen und Wiener um ihr Wahlrecht zu prellen, sagte HIRNSCHALL. Die Gewährung des Wahlrechtes für alle Wiener müßte gewährleistet werden. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (16)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

22 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Es besteht kein Zweifel, daß die Zusammenlegung der Nationalrats- und Gemeinderatswahlen sinnvoll ist, sagte LAbg. FÜRST (ÖVP). Für die Wiener Wahlkartenwähler ergibt sich allerdings die äußerst unbefriedigende Situation, daß sie am 24. April außerhalb Wiens ihre Stimme zwar für die Nationalratswahl, nicht jedoch für die Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl abgeben können. Kein Rechtsgelehrter hat gesagt, daß die Gewährleistung einer solchen Möglichkeit verfassungswidrig wäre. FÜRST stellte den ANTRAG, umgehend alle Vorkehrungen zu treffen, daß bei den kommenden Wahlen Wiener Wahlkartenwähler ihre Stimme für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen auch außerhalb Wiens abgeben können. Wegen der Dringlichkeit dieser Angelegenheit beantragte FÜRST, die Abstimmung noch in der heutigen Sitzung durchzuführen.

FÜRST sagte, daß es übrigens auch nicht dem Geist der Verfassung entspreche, daß viele Wienerinnen und Wiener deshalb von Wahlrecht ausgeschlossen werden, weil sie aus gesundheitlichen Gründen die Wohnung nicht verlassen können oder aus beruflichen Gründen im Ausland weilen.

LABg. Prof. WIESINGER (SPÖ) wies darauf hin, daß die heutige Novelle zur Wiener Wahlordnung die rechtliche Voraussetzung zur Zusammenlegung der Wahlen schaffe. Er betonte, daß niemandem das Wahlrecht am 24. April genommen werde. Die SPÖ hat ein starkes Interesse daran, daß möglichst viele Wienerinnen und Wiener von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen. Wir haben keine Angst vor der Entscheidung der Wähler. Er habe, sagte WIESINGER, fünf Gutachten von Universitätsprofessoren studiert. Nur zwei davon hatten keinerlei Bedenken gegen die Abgabe der Stimme für die Gemeinderatswahl in einem anderen Bundesland. Das Wahlkartenrecht ist in vielen Jahrzehnten sehr behutsam entwickelt worden. Man sollte jetzt nicht durch ein "Husch-Pfusch"-Gesetz etwas ändern. (Forts.) ger/gg

Wiener Landtag (17)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

23 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Mag. KAUER (ÖVP) meinte, wenn die SPÖ wirklich wolle, daß alle Wienerinnen und Wiener wählen können, brauchte sie nur dem ÖVP-Antrag beizutreten. Er wies auch das Einsparungsargument zurück und zitierte aus Parlamentsreden Bürgermeister GRATZ aus Zeiten der SPÖ-Opposition, in denen GRATZ für eine Änderung des Wahlrechtes und Ausbau der Minderheitsrechte eingetreten wäre. Seitdem sei nichts geschehen, sodaß sich die SPÖ nicht über die Politikerverdrossenheit wundern dürfe.

Landeshauptmann Leopold GRATZ replizierte darauf, man dürfe aus seiner scherzhaften Bemerkung, er habe etwas besseres zu tun als seine eigenen Reden zu lesen, nicht ableiten, daß er sich von diesen distanzieren. Verfassungsänderungen wären eben nicht über Nacht möglich, er sei aber stolz darauf, daß die SPÖ-Regierung jene Forderungen durchgesetzt habe, die sie als Minderheit erhoben hatte. GRATZ verwies auch darauf, daß es sowohl im Nationalrat als auch im Gemeinderat eine Reihe von Fortschritten in bezug auf Minderheitsrechte gegeben habe, während die ÖVP im Nationalrat einer großen Wahlrechtsreform nie zugestimmt habe. Auf Wiener Verhältnisse bezogen meinte der Bürgermeister, wenn die ÖVP auch drei Wochen nach der Wahl so emotional und überzeugt zu argumentieren bereit sei, wie sie jetzt polemisiere, sei er überzeugt, daß in den Verhandlungen über Verfassungsänderungen noch viel erreicht werden könne. (Forts.)
rö/gg

NNNN

Wiener Landtag (18)

Utl.: Änderung der Gemeindewahlordnung

=++++

24 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA stellte in seinem Schlußwort zum Vorwurf der ÖVP, es habe keine Möglichkeit zur Diskussion gegeben, fest, daß es im betreffenden Gemeinderatsausschuß keine einzige Wortmeldung der Opposition zu diesem Thema gegeben habe. Der Leiter des Verfassungsdienstes habe festgestellt, daß die Abwicklung der Wahlen durch die Wahlkommissionen ein Hoheitsakt und damit an die Gebietshoheiten gebunden sei, die an den Ländergrenzen endeten. Der Ansicht Prof. Ermacoras folgend, müßten für jede Gemeinderatswahl in ganz Österreich Wahlmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Wahlkartenwähler seien zu einem großen Teil der Oppositionspartei zugehörig, deswegen strapaziere diese auf solche Art das Wahlrecht. Wären die Wahlen nicht zusammengelegt worden, hätte es für die Wiener auch keine Wahlmöglichkeit außerhalb Wiens gegeben.

Zur technischen Abwicklung erklärte StR. NEKULA, man werde an den wichtigsten Ausfallsstraßen Wiens Wahllokale für die Wahlkartenwähler einrichten, außerdem würde die Wahlzeit um eine Stunde auf 18 Uhr verlängert, um den Wochenendurlaubern die Möglichkeit zu wählen zu geben. Jedem Wahlkartenwähler würde bei der Beantragung der Wahlkarte mitgeteilt, in welcher Form er zur Wahl gehen kann.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen, der Beschlußantrag der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (19)

Utl.: Artenschutzgesetz

=++++

25 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) beantragte ein Gesetz zur Durchführung des Washingtoner Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen.

SCHIEDER verwies darauf, daß die wirtschaftliche Ausbeutung und der internationale Handel zahlreiche Tier- und pflanzenarten gefährden. Bereits 1972 gaben die Vereinten Nationen eine Grundsatzerklärung ab, die Naturschätze der Erde zu schützen. 1973 folgte das Washingtoner Übereinkommen. Dieses ist am 27. April 1982 in Österreich in Kraft getreten. Da in Österreich jedoch die Vollziehung der diesbezüglichen Maßnahmen durch den Bund und die Länder erfolgt, müssen die einzelnen Bundesländer auch Landesgesetze erlassen. Das Landesgesetz für Wien liegt nun vor, schloß SCHIEDER. Das Land Wien leistet damit seinen Beitrag zum Schutz der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten in aller Welt.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (20)

Utl.: Krankenanstaltenfinanzierung

=++++

26 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) stellte den Antrag, eine Vereinbarung über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds zu genehmigen. Die Aufteilung der bisherigen Mittel bleibt unverändert, zusätzlich wird ein "dritter Topf" eingeführt, der ausschließlich nach leistungsbezogenen Kriterien aufgeteilt wird.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (21)

Utl.: Schlußwort Landtagspräsident Pfoch

=++++

27 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der letzten Landtagssitzung dieser Legislaturperiode erinnerte Landtagspräsident PFOCH daran, daß in dieser Periode 34 Sitzungen des Wiener Landtages abgehalten wurden. Seit der Verfassungsnovelle 1978 wurden in 18 Fragestunden mehr als 170 Fragen beantwortet. 72 Gesetzesvorlagen wurden größtenteils einstimmig beschlossen, darunter drei für die unmittelbare Demokratie sehr wichtige Gesetze, nämlich das Volksbefragungs-, Volksabstimmungs- und das Volksbegehrengesetz. Unter den Gesetzesnovellen, die ebenfalls in dieser Zahl enthalten sind, sind diejenigen bezüglich der Wasserversorgung, der Luftreinhaltung und des Schutzes gegen Baulärm hervorzuheben.

Abschließend dankte Landtagspräsident Pfoch, Landeshauptmann Leopold GRATZ, den Landtagspräsidenten HAHN und SCHWEDA und allen Mitglidern der Wiener Landesregierung für die geleistete konstruktive Arbeit.

Die Sitzung wurde um 14.27 Uhr geschlossen. (Schluß) roh/ko

NNNN